

Durchsetzungsinitiative:

Polarisierung stark, Ausgang offen

Zweite Gotthardröhre:

Vorteile für Ja-Seite schwinden

Heiratsstrafe:

Heftige Kritik mindert Chancen



Kurzbericht zur 2. Welle der Befragungsreihe "SRG Trend" zur Volksabstimmung vom 28. Februar 2016

Studie im Auftrag der SRG SSR, Februar 2016

Projektteam

Claude Longchamp Politikwissenschaftler,
Lehrbeauftragter der Universitäten Bern und Zürich

Martina Mousson Politikwissenschaftlerin

Stephan Tschöpe Politikwissenschaftler

Marcel Hagemann Sozialwissenschaftler

Johanna Schwab Sekretariat und Administration

Alexander Frind Politikwissenschaftler

Wichtiges in Kürze

Wäre bereits am 9. Februar 2016 über die vier Vorlagen der eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. Februar 2016 entschieden worden, hätte eine Mehrheit für eine Zweite Gotthardröhre votiert. Knapp mehrheitlich wäre die Zustimmung zur Initiative gegen die Heiratsstrafe gewesen. Fast gleich stark wären beide Seiten bei der Durchsetzungsinitiative ausgefallen. Abgelehnt worden wäre die Spekulationsstopp-Initiative.

Um es klar zu sagen: Dies sind keine Prognosen zu den Ergebnissen vom 28. Februar 2016. Vielmehr handelt es sich um die zweite und letzte Bestandsaufnahme im Rahmen der SRG-Trendbefragung. Für eine Projektion müssten die Unentschiedenen verteilt werden können, für eine Prognose müsste man zudem wissen, wie sich der last swing in den Kampagnen auf die Stimmabsichten auswirkt. Beides lassen wir bewusst weg.

Tabelle 1

Übersicht gegenwärtige Stimmabsichten Teilnehmewillige Abstimmung vom 28. Februar 2016

	bestimmt / eher dafür	bestimmt / eher dagegen	weiss nicht/ keine Antwort	Einschätzung Aus- gang
VI gegen Heiratsstrafe	53 (-14)	38 (+17)	9 (-3)	offen Stand: knapp Ja Trend: klar Nein
Durchsetzungsinitiative	46 (-5)	49 (+7)	5 (-2)	offen Stand: keine Mehrheit Trend: eher Nein
VI gegen Nahrungsmittelspekulation	31 (-17)	54 (+15)	15 (+2)	Nein Stand: Nein Trend: Nein
Zweite Gotthardröhre	56 (-8)	39 (+10)	5 (-2)	eher Ja Stand: Ja Trend: eher Nein

Bemerkung: Bei allen ausgewiesenen Zahlen ist bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit ein statistischer Unsicherheitsbereich von rund 2.7 Prozentpunkten plus/minus mitzudenken.

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. Februar 2016 im Trend, 2. Welle, 5.–13. Februar 2016 (n = 1167)

Die Absichten, sich an der Abstimmung zu beteiligen, haben sich von der 1. zur 2. Befragungswelle von 48 auf 55 Prozent aller Stimmberechtigten erhöht. Damit zeichnet sich ein überdurchschnittlicher Teilnahmewert ab.

Im Vergleich zur ersten Befragung mit dem mittleren Erhebungstag am 12. Januar 2016 sind die quantitativen Veränderungen bei den Volksinitiativen gegen Nahrungsmittelspekulation respektive gegen Heiratsstrafe. Es folgt die Gotthard-Vorlage. Quantitativ am geringsten sind die Verschiebungen bei der Durchsetzungsinitiative.

Qualitativ relevant ist, dass wir den Ausgang der Entscheidung gegen die Heiratsstrafe aufgrund der aktuellen Daten und den Trends neu als offen taxieren. Bei der Durchsetzungsinitiative gilt neuerdings das gleiche, mit leichten Vorteilen für die Gegnerschaft und beim Gotthardtunnel ist das Ja nicht mehr so sicher wie vor Monatsfrist.

Die Meinungsbildung zu den Vorlagen ist ungleich stark fortgeschritten. Am höchsten ist der Stand bei der Durchsetzungsinitiative, gefolgt von der Vorlage zum zweiten Gotthard-Tunnel. Dahinter folgen die Volksinitiativen gegen die Heiratsstrafe respektive gegen die Nahrungsmittelspekulation. Mit anderen Worten: Die ausgewiesenen Ja/Nein-Anteile haben sich bei den beiden letztgenannten Vorlagen am meisten verändert, und sie könnten sich noch weiter stark verändern.

Durchsetzungsinitiative

Stimmabsichten

Aktuell würden 46 Prozent bestimmt oder eher für die Durchsetzungsinitiative votieren, und 49 Prozent würden dagegen stimmen.

Damit hat sich seit der ersten Befragung die Zustimmungsbereitschaft um 5 Prozentpunkte verringert, und die Ablehnungstendenz ist um 7 Prozentpunkte gestiegen.

Die relative Mehrheit hat damit gekehrt, auch wenn sie nicht eindeutig genug ist, um entscheidend zu sein.

Stand der Meinungsbildung

73 Prozent der Beteiligungsbereiten haben eine dezidierte Stimmabsicht dafür oder dagegen. Die Meinungsbildung ist damit fortgeschritten, wenn auch nicht abgeschlossen. Ganz unschlussig sind 5 Prozent der Teilnehmewilligen.

Konfliktmuster

Das Konfliktmuster ist ausgeprägt. Dominant ist die politische Polarisierung, einmal zwischen linkem und rechtem Lager, dann zwischen Behördenvertrauen und –misstrauen.

Mehrheitlich dafür sind die Wählenden der SVP und die Parteungebundenen. Bei der SVP sind die Verhältnisse stabil, bei den Ungebundenen geht der Trend leicht Richtung Nein.

Mehrheiten der anderen Parteienhängerschaften von Grünen bis FDP sind gegen die Durchsetzungsinitiative. Der angelegte Elite/Basis-Konflikt bei der FDP ist verschwunden. Ihre Wählerschaft ist neu mehrheitlich im Nein.

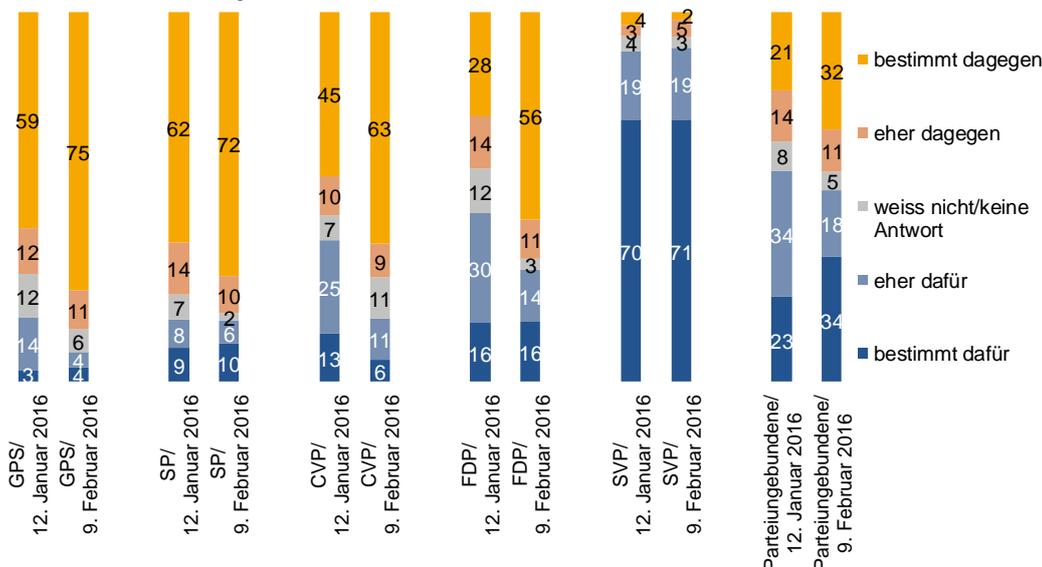
Der Polarisierungsgrad ist extrem. Zwischen SP und SVP liegen bei der Durchsetzungsinitiative Welten, so differiert der Nein-Anteil um 75 Prozentpunkte.

Grafik 1

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 28. Februar 2016 nach Parteibindung: Durchsetzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Durchsetzungsinitiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. Februar 2016 im Trend, 2. Welle, 5.–13. Februar 2016 (n = 1167)

Mehrheitlich im Ja sind regierungsmisstrauische Stimmberechtigte mit Teilnahmeabsichten. 74 Prozent von ihnen wollen die Durchsetzungsinitiative annehmen. Bürgerinnen und Bürger mit Regierungsvertrauen lehnen das Begehren zu 68 Prozent ab. Bei den Misstrauischen sind die Verhältnisse stabil, bei den übrigen entspricht der Trend der allgemeinen Entwicklung.

Meinungsdruck

Die Teilnahmewilligen gehen von einer knappen Annahme der Vorlage am Abstimmungstag aus. Ihre mittlere Schätzung für den Ja-Anteil beträgt 51 Prozent

Argumente

Populärstes Einzelargument auf der Ja-Seite ist die konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer ohne Wenn und Aber. Auf der Nein-Seite ist die Zustimmung am grössten, wenn sie von den wachsenden Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit der EU spricht. Eine relative Mehrheit findet wie die Initianten, die Gerichte würden sich über das Recht stellen respektive die parlamentarische Umsetzung der Masseneinwanderung entspreche nicht dem Volkswillen. Neinseitig gibt es Zustimmungsmehrheiten bei allen getesteten Botschaften, also auch bei der Secundo-Problematik, der vernünftigen Umsetzung durch das Parlament und dem Verstoss gegen die Menschenrechte durch die SVP-Initiative. Indexiert stehen 55 Prozent der beteiligungsbereiten Stimmberechtigten den Nein-Argumenten näher. 40 Prozent sind den Ja-Botschaften näher.

Wirksamstes Argument auf der Ja-Seite ist die konsequente Ausweisung. Tendenziell überziehen die Initianten ihre Position aus Bürgersicht, wenn sie den Volkswillen über das Völkerrecht stellen. Am meisten wirkt auf der Nein-Seite das Fehlen der Härtefallklausel im Initiativtext und damit der Verstoss gegen die Menschenrechte. Auf der gegnerischen Seite wirkt allerdings eher der Mix an Argumenten als ein einziges.

Vergleich mit Ausschaffungsinitiative

Im Vergleich zur Ausschaffungsinitiative haben vor allem FDP- und CVP-Wählende ihre Stimmabsichten verändert. Rund ein Fünftel von ihnen haben vom Ja ins Nein-Lager gewechselt. Vorhanden, wenn auch deutlich schwächer, ist der Effekt bei den parteiungebundenen Stimmenden.

Erwartungen bis zur Volksabstimmung

Im Normalfall nimmt die Ablehnungsbereitschaft mit dem Abstimmungskampf zu, und es sinkt auch die Zustimmungstendenz. Automatisch ist diese Entwicklung gerade bei rechten Volksinitiativen jedoch nicht.

Setzt sich der Trend fort, wird die Vorlage abgelehnt. Stockt er, bleibt es für beiden Seiten unsicher. Entsprechend erscheint der Ausgang offen. Die Verhältnisse sind für eine eindeutige Aussage zu knapp.

Stichworte für die Berichterstattung

- potenzielle Mehrheitsinitiative von rechts (nationalkonservativ)
- fortgeschrittene Meinungsbildung, aber nicht abgeschlossen
- hohe Prädisponierung durch Stimmverhalten bei Ausschaffungsinitiative. Trend vom Ja ins Nein vor allem bei FDP/CVP
- Konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer populärstes und wirksamstes Ja-Argument
- Fehlende Härtefallklausel, Gesetzgebung zur Umsetzung Ausschaffungsinitiative, Probleme für Bilaterale auf Nein-Seite mehrheitsfähig und wirksam
- Ausgang offen, Verhältnisse und Trends zu knapp

Initiative gegen Heiratsstrafe

Stimmabsichten

Aktuell würden 53 Prozent der teilnahmebereiten Bürgerinnen und Bürger bestimmt oder eher für die Volksinitiative "Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe" stimmen. 38 Prozent wären bestimmt oder eher dagegen.

Noch führt die Ja-Seite. Der Vorsprung ist aber erheblich geschrumpft. Denn die Veränderungen zur ersten Wellen machen im Schnitt von Ja und Nein 15,5 Prozentpunkte aus. Das ist einiges über dem Mittel an Veränderungen in einem Abstimmungskampf.

Stand der Meinungsbildung

63 Prozent aller Beteiligungsbereiten haben zwischenzeitlich eine feste Stimmabsicht. Das sind knapp 10 Prozent mehr als in der ersten Befragung. Der Grad an Entschiedenheit hat damit zugenommen, bleibt aber weiterhin zurück. Die Meinungsbildung ist hier in vollem Gang.

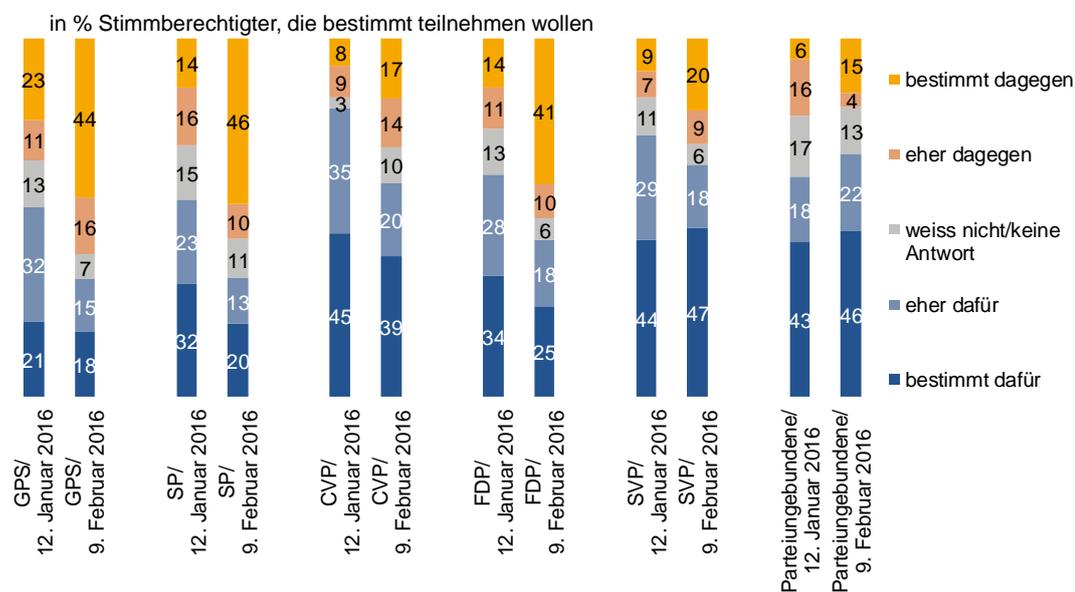
Konfliktmuster

Profiliert werden die Stimmabsichten in erster Linie durch die Parteibindungen. Mehrheitlich dafür sind die Parteiwählerschaften von CVP und SVP. Mehrheitlich dagegen fallen die Werte bei den Wählenden von GPS, SP und FDP aus. Damit sind die Wählerschaften dieser drei Parteien seit der ersten Befragung gekippt. Die Zustimmungsbereitschaft ist aber auch bei SVP und CVP gesunken. Dabei fällt auf, dass der Ja-Wert in der SVP-Wählerschaft zwischenzeitlich gar höher ist als an der Basis der Initiativurheberschaft (CVP). Mehrheitlich für die Vorlage sind die parteiungebundenen Stimmenden. Bei Ihnen hat sich nicht viel verändert. Klar über dem Mittel ist die Zustimmungsbereitschaft auch bei misstrauischen Bürgerinnen und Bürgern.

Grafik 2

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 28. Februar 2016 nach Parteibindung: Initiative gegen Heiratsstrafe

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Initiative gegen die Heiratsstrafe abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. Februar 2016 im Trend, 2. Welle, 5.–13. Februar 2016 (n = 1167)

Ganz generell gilt, dass die Zustimmungsbereitschaft rückläufig ist. Das gilt für alle untersuchten Gruppen, ausser für die Romandie und für Parteiungebundene. Mehrheitlich dafür sind verheiratete Paare respektive Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben. Bei Paaren, bei denen das nicht der Fall ist, fällt demgegenüber die Ablehnung besonders deutlich aus. Keine Gruppe hat im Abstimmungskampf ihre Meinung zur Initiative so stark geändert wie diese.

Meinungsdruck

50 Prozent der Teilnehmewilligen gehen von einer Annahme aus, 37 Prozent von einer Ablehnung. Im Schnitt schätzen die Beteiligungsbereiten einen Ausgang von 51 zu 49 Prozent.

Argumente

Das populärste Einzelargument auf Seiten der Initianten betrifft die Ungerechtigkeit der Doppelbesteuerung. 80 Prozent sind damit voll oder eher einverstanden. Knapp mehrheitlich geteilt wird zudem, dass mit der Individualbesteuerung ein Bürokratiemonster geschaffen würde

Bei der Gegnerschaft werden die Steuerausfälle bei einem Ja am breitesten geteilt. Das sehen 66 Prozent gleich wie die Gegnerschaft. Mehrheitlich geteilt wird zudem, dass man vor allem Reiche entlaste und gleichgeschlechtliche Paare diskriminiere.

Viele Teilnehmewillige können den Botschaften beider Seiten etwas abgewinnen. Eher auf Seiten der Initianten sind indexiert 42 Prozent, während 45 Prozent den Nein-Argumenten insgesamt mehr abgewinnen können. 13 Prozent sind im Dilemma. Sie sehen gleich viel Gutes wie Schlechtes in der Initiative. Bei einer reinen, argumentenbasierten Entscheidung können diese Werte als die sicheren Potenziale beider Seiten gelten. Alles andere hängt von den Schlussentscheidungen einer namhaften Minderheit ab, welche sehr ambivalent eingestellt ist.

Erwartungen bis zur Volksabstimmung

Die Initiative gegen die Heiratsstrafe ist eine potenziell mehrheitsfähige Initiative. Dafür spricht, dass sich aktuell eine knappe Mehrheit für die Vorlage ausspricht. Feste Meinungen haben sich aber nicht hinreichend entwickelt. Der Trend spricht für ein Nein. Den Ausgang taxieren wir als offen.

Stichworte für die Berichterstattung

- potenzielle Mehrheitsinitiative von rechts (bürgerlich-konservativ)
- eher fortgeschrittene Meinungsbildung
- ungerechte Doppelbesteuerung populärstes und wirksamstes Argument auf der Ja-Seite
- Folgen der Steuereinbussen populärstes Nein-Argument, Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare bisher wirksamstes Argument, das alleine aber nicht mehrheitsfähig ist.
- Polarisierungsgrad wachsend, zwischen rechtskonservativ und linksliberal.
- Ausgang offen, Vorsprung für Ja, aber klarer Nein-Trend.

Initiative gegen Nahrungsmittelspekulation

Stimmabsichten

Aktuell würden 31 Prozent der teilnahmebereiten Bürger und Bürgerinnen bestimmt oder eher für die Volksinitiative "Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln" stimmen. 54 Prozent wären bestimmt oder eher gegen die Vorlage. Die Veränderungen seit der ersten Welle sind erheblich. Die Ja-/Nein-Werte haben sich im Schnitt um 16 Prozentpunkte verschoben.

Stand der Meinungsbildung

Nur 52 Prozent der Beteiligungswilligen haben eine bestimmte Stimmabsicht dafür oder dagegen. Keine Stimmabsicht zeigen 15 Prozent. Der Grad an Meinungsbildung hat sich damit nur wenig verfestigt. Fest Entschiedene kommen zu 5 Prozentpunkten mehr vor, Unentschiedene haben um 2 Prozentpunkte zugenommen. Die Meinungsbildung bleibt für den kurzen Zeitpunkt vor der Abstimmung wenig fortgeschritten.

Konfliktmuster

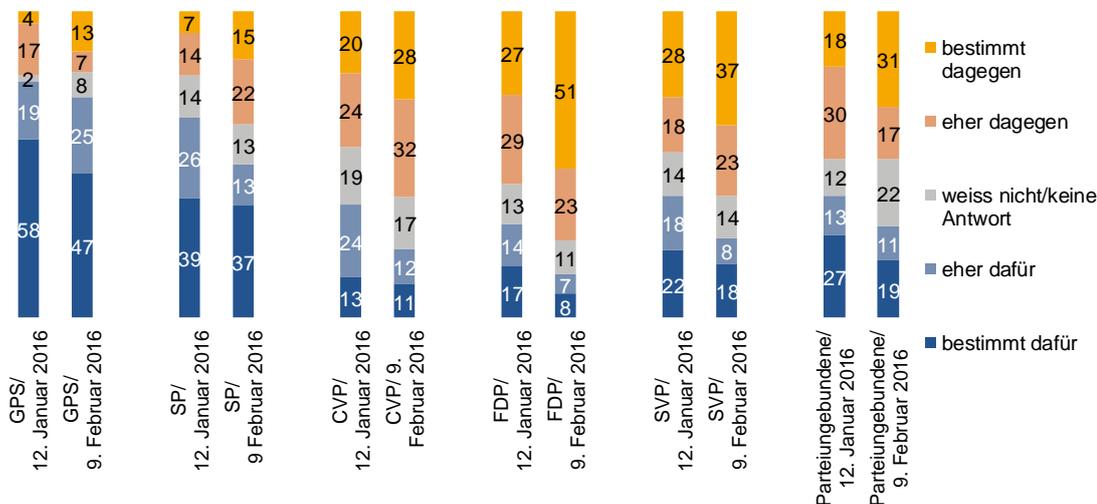
Relevant sind die Zusammenhänge der Stimmabsichten entlang der Parteibindungen. Klar gegen die Vorlage votieren will die FDP-Wählerschaft, gefolgt von CVP- und SVP-Wählenden, die mehrheitlich im Nein sind. Am klarsten dafür ist die grüne Wählerschaft, gefolgt von der der SP. Damit ist die Links/Rechts-Polarisierung gegeben. Zwischen den Polen sind die Parteungebundenen, mit einer leicht höheren Affinität zum bürgerlichen Lager.

Grafik 3

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 28. Februar 2016 nach Parteibindung: Initiative gegen Nahrungsmittelspekulation

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Initiative gegen Nahrungsmittelspekulation abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. Februar 2016 im Trend, 2. Welle, 5.–13. Februar 2016 (n = 1167)

Weitgehend verschwunden sind die anfänglichen Zusammenhänge der Stimmabsichten mit der Schicht, dem Alter und dem Geschlecht. Das gilt weitgehend auch für die Sprachregionen. Signifikant bleibt die Abhängigkeit hiervon nur wegen dem stark unterschiedlichen Mass an Unschlüssigkeit, die in der italienischsprachigen Schweiz erheblich bleibt, in der Romandie aber auch unüblich und sogar angestiegen ist.

Erwartungen bis zur Abstimmung

Erwartet wird, dass sich der klare Trend Richtung Nein bis zum Abstimmungstag weiter fortsetzt.

Stichworte für die Berichterstattung

- Minderheitsinitiative von links
- Meinungsbildung unverändert wenig ausgeprägt
- Polarisierung auf der Links/rechts-Achse
- Ablehnung sicher

Zweite Gotthardröhre

Gegenwärtige Stimmabsichten

Aktuell würden 56 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten bestimmt oder eher für die Zweite Gotthardröhre stimmen. 39 Prozent wären dagegen. Der Ja-Vorsprung beträgt damit 17 Prozent unter den Entschiedenenen.

Der Trend geht Richtung Nein, was bei einer Behördenvorlage eher die Ausnahme ist. Die Ablehnung ist innert Monatsfrist um 10 Prozentpunkte gewachsen, die Zustimmung um 8 Prozentpunkte gesunken.

Stand der Meinungsbildung

65 Prozent haben eine feste Intention; sie sind entweder bestimmt dafür oder bestimmt dagegen. Nur 5 Prozent äussern zwar Beteiligungs-, nicht aber Stimmabsichten. Die Meinungsbildung ist damit für den Zeitpunkt eher fortgeschritten, wenn auch nicht abgeschlossen.

Konfliktmuster

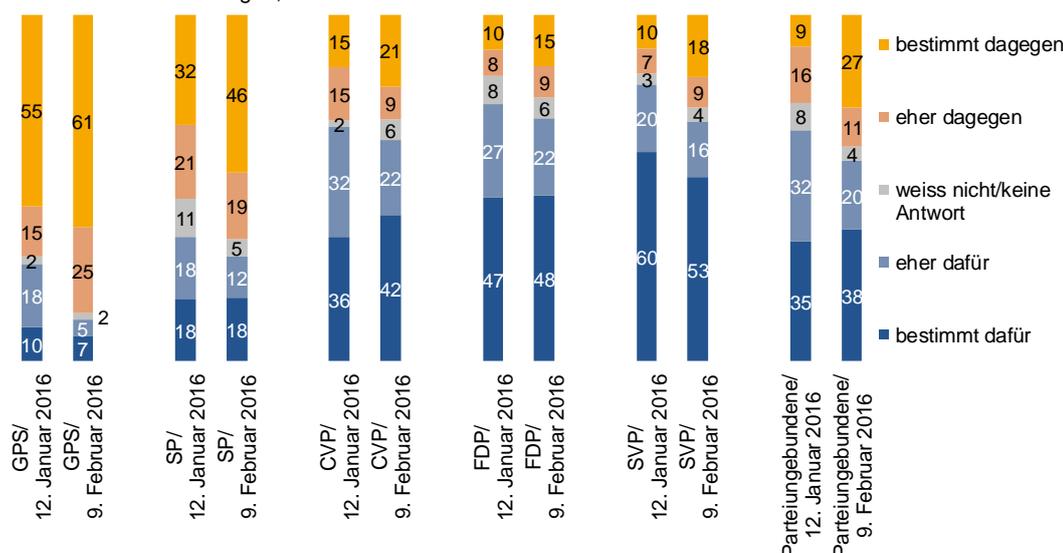
Das Konfliktmuster ist in erster Linie parteipolitischer Natur. 70 Prozent der FDP-Wählenden sind auf der Ja-Seite; bei der SVP sind es 69 Prozent. Auch unter CVP-Wählenden besteht mit 64 Prozent eine Zustimmungsmehrheit. Bei den Wählenden der GPS wollen 86 Prozent dagegen stimmen, an der SP-Basis 65 Prozent. Parteiungebundene stehen dem bürgerlichen Lager näher. Sie befürworten die Zweite Gotthardröhre zu 58 Prozent. Die parteipolitische Polarisierung ist hoch. Die Nein-Differenz zwischen GPS und FDP beträgt 62 Prozent.

Grafik 4

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 28. Februar 2016 nach Parteibindung: Zweite Gotthardröhre

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet, abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. Februar 2016 im Trend, 2. Welle, 5.–13. Februar 2016 (n = 1167)

Der Haupttrend der Meinungsbildung Richtung Nein findet sich auch über alle Parteilager hinweg.

Die Zustimmung ist zwischenzeitlich in der deutschsprachigen Schweiz am höchsten (58%, -8%-punkte), gefolgt vom italienischsprachigen Landesteil (51%, -25%-punkte) und der französischen Sprachregion (47%, -6%-punkte). Die Zustimmungsmehrheit ist hier nicht mehr gesichert. Die Veränderungen sind vor allem im Tessin erheblich. Hier wurde die Gegnerschaft mit dem Abstimmungskampf mobilisiert.

Personen mit mehreren Automobilen im Haushalt sind zu 68 Prozent dafür. Personen ohne Privatwagen im Haushalt sind zu 55 Prozent dagegen. Am meisten bewegt haben sich Haushalte mit einem Auto. Bei diesen führt noch die Ja-Seite mit 50 Prozent, doch die Gegnerschaft ist stärker geworden. Sie liegt hier bei 43 Prozent.

Meinungsdruck

Die Teilnahmewilligen gehen von einer knappen Annahme der Vorlage am Abstimmungstag aus. Ihre mittlere Schätzung für den Ja-Anteil beträgt 53 Prozent.

Argumente

Alle acht getesteten Botschaften sind mehrheitsfähig. Indexiert stehen 52 Prozent der teilnahmewilligen Personen den Ja-Argumenten näher, bei 41 Prozent ist das bezogen auf die Nein-Botschaften der Fall.

Eindeutig populärstes Pro-Argument im Abstimmungskampf die Sicherheitsfrage. Zwei Tunnels mit je einer Fahrspur sind für 88 Prozent der Stimmberechtigten sicherer als eine Röhre mit Gegenverkehr.

Auf der Nein-Seite ist die Zustimmung am grössten, wenn mit dem steigenden Druck aus dem In- und Ausland zur dauerhaften Öffnung der vier Fahrspuren argumentiert wird.

Am meisten polarisiert die gegnerische Aussage, dass sich der Verkehr zwangsläufig erhöhen werde. Damit stellen neu die Gegner die zentralen Botschaften zur Meinungsbildung. Auf der Ja-Seite wirken zahlreiche Argumente, am meisten die Tunnelsicherheit.

Erwartungen bis zur Volksabstimmung

Die bisherige Meinungsbildung entspricht dem Typ einer positiv vorbestimmten Behördenvorlage. Allerdings ist es der Ja-Seite nicht gelungen, sich mit dem Abstimmungskampf zu verstärken. Vielmehr nehmen die Gegner zulasten der Befürworter zu. Das Ja ist wahrscheinlicher, wenn auch nicht mehr sicher.

Stichworte für die Berichterstattung

- positiv vorbestimmte Entscheidung zu einer Behördenvorlage
- eher fortgeschrittene Meinungsbildung
- Konfliktmuster mit parteipolitischer Polarisierung, persönlicher Betroffenheit und regionaler Betroffenheit Sicherheit populärstes und wirksamstes Ja-Argument
- Öffnung zweite Röhre populärstes Nein-Argument, Verkehrszunahme wirksamstes
- Ausnahmefall der Meinungsbildung für eine Behördenvorlage: Ja nimmt ab, nicht zu
- Ausgang offen

Vorläufige Teilnahmeabsichten

Teilnahmeabsichten

Am 9. Februar 2016 hätten sich 55 Prozent der Stimmberechtigten bestimmt an den Entscheidungen zu den vier Vorlagen beteiligt. Die Teilnahmeabsichten sind damit innert Monatsfrist um 7 Prozentpunkte gestiegen.

Der Start war in der deutschsprachigen Schweiz ausserordentlich rasant. 59 Prozent unserer Interviewten gaben hier von Beginn weg an, sich äussern zu wollen. Für die Veränderungen seither sind die italienisch- und französischsprachigen Landesteile entscheidend. Die Teilnahmeabsichten bleiben hier dennoch zurück. Insgesamt zeichnet sich eine überdurchschnittliche Beteiligung an der Volksabstimmung vom 28. Februar 2016 ab.

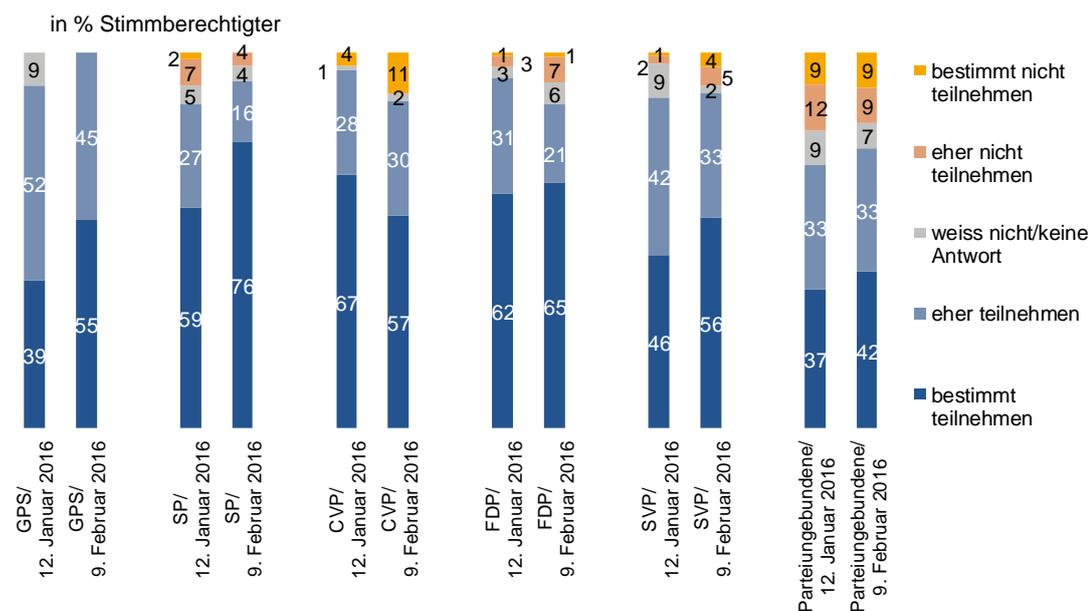
Profil

Die höchste Teilnahmebereitschaft kennt die SP-Wählerschaft; drei Viertel wollen sich hier bestimmt beteiligen. Es folgt die FDP, welche mit 65 Prozent ebenfalls über dem Mittel mobilisiert. Bei beiden Parteien ist die Mobilisierung rekordverdächtig – und höher als bei den Nationalratswahlen 2015. Die anderen Parteiwählerschaften sind nahe dem Schnitt. Unter diesem sind die Beteiligungsabsichten der Parteiungebundenen.

Grafik 5

Teilnahmeabsicht an Abstimmung vom 28. Februar 2016 nach Parteibindung

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. Februar 2016 im Trend, 2. Welle, 5.–13. Februar 2016 (N = 1411)

Überdurchschnittlich mobilisiert bleiben die misstrauischen Bürgerinnen und Bürger. Ihr Vorsprung ist allerdings gesunken. Emotionen im Abstimmungskampf als Mobilisierungsmittel sind kein Privileg der SVP mehr und haben gerade auch bei Liberalen Einzug gehalten.

Stichworte für die Berichterstattung

- aktuell überdurchschnittliche Beteiligungsabsichten
- Deutschschweiz am stärksten mobilisiert, aber grösste Steigerung im Tessin
- Wählende von FDP und SP überdurchschnittlich teilnahmebereit, Wählende von GPS, CVP und SVP nahe am Mittel

- Teilnahmeabsicht behördenmisstrauischer Bürgerinnen und Bürger nach wie vor überdurchschnittlich, Teilnahmeabsichten Regierungsvertrauender sind gegenüber erster Welle namhaft angestiegen

Generelles

Trend Umfragen	Mindestens zweimalige Messung von Stimmabsichten, um Entwicklung der Meinungsbildung zu sehen.
Momentaufnahme	Einmalige Messung von Stimmabsichten.
Projektionen	Momentaufnahmen, bei denen die Unentschiedenen verteilt werden.
Prognosen	Projektionen, welche die kommende Meinungsbildung bis zum Abstimmungstag mitberücksichtigen und die erwarteten Ja/Nein-Anteil bestimmen.

Wie üblich handelt es sich auch bei der zweiten Befragung um eine Momentaufnahme, ohne direkte prognostische Absicht. Der Vergleich der ersten und zweiten Welle ergibt eine perspektivische Sicht, die gewisse Rückschlüsse bis zum Abstimmungstag erlaubt.

Anstatt einer Prognose erstellen wir aber Szenarien der Meinungsbildung und der Beteiligungsentwicklung. Dabei gehen wir bei Volksinitiativen grundsätzlich davon aus, dass sich die Ablehnungsbereitschaft erst mit dem Abstimmungskampf aufbaut und die Zustimmungsbereitschaft vor allem bei linken Initiativen in dieser Phase sinkt. Schwieriger ist es, bei rechten Initiativen allgemeine Regeln für die Auswahl von Szenarien festzulegen, da sie sich bis zum Schluss zu einer Protestabstimmung entwickeln können.

Keine Aussagen machen können wir über das Ständemehr, das bei Volksinitiativen ebenfalls entscheidet, denn die Fallzahl lässt gesicherte Rückschlüsse auf die Kantone nicht zu.

Erinnert sei daran, dass der 9. Februar 2016 der mittlere Befragungstag war und die letzten Entscheidungen am 28. Februar gefällt werden müssen. Das sind 20 Tage oder fast 3 Wochen Differenz, während denen ein wesentlicher Teil des Abstimmungskampfes und damit der Formierung des Volkswillens erst stattfindet.

Datengrundlage

Die vorliegende Befragungsreihe wurde vom gfs-Befragungsdienst realisiert, die Berichterstattung nahm das Forschungsinstitut gfs.bern vor. Befragt wurden 1411 repräsentativ ausgewählte Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz. Um sprachregionale Aussagen machen zu können, haben wir die Sprachminderheiten überproportional berücksichtigt. Diese wurden, um nationale Aussagen machen zu können, wieder ins richtige Verhältnis gebracht.

Tabelle 2

Technischer Kurzbericht SRG-Trend Volksabstimmung vom 28. Februar 2016

Auftraggeber	CR-Konferenz der SRG SSR
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Telefonverzeichnis der Swisscom (gepoolt)
Datenerhebung	telefonisch, computergestützt (CATI)
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random/Geburtstagsmethode im Haushalt Sprachregionen
Befragungszeitraum	5.– 13. Februar 2016 mittlerer Befragungstag 9. Februar 2016
Stichprobengrösse	minimal 1400, effektiv 1411 n DCH: 704, n WCH: 404, n ICH: 303
Stichprobenfehler	+/- 2.7%
Quotenmerkmale	Geschlecht/Alter interlocked
Gewichtung nach	Sprache, Teilnahme, Parteiaffinität
Befragungsdauer	
Mittel	15.7 Minuten
Standardabweichung	4.8 Minuten
Publikation	17. Februar 2016, 17h

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. Februar 2016 im Trend, 2. Welle, 5.–13. Februar 2016

Die Sperrfrist für den aktuellen Bericht ist Mittwoch, der 17. Februar 2016, um 17.00 Uhr. Danach sind die Ergebnisse und der Bericht unter Quellenangaben frei.

Zitierweise

2. Welle der SRG-SSR-Trendbefragung zu den Volksabstimmungen vom 28. Februar 2016, vom Forschungsinstitut gfs.bern zwischen dem 5. und 13. Februar 2016 bei 1411 repräsentativ ausgewählten Stimmberechtigten durchgeführt.

gfs.bern-Team



CLAUDE LONGCHAMP

Verwaltungsratspräsident und Vorsitzender der Geschäftsleitung gfs.bern, Verwaltungsrat gfs-bd, Politikwissenschaftler und Historiker, Lehrbeauftragter der Universitäten Bern und Zürich, Dozent an der Zürcher Hochschule Winterthur, am MAZ Luzern und am VMI der Universität Fribourg und am KPM der Universität Bern

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, Parteien, politische Kultur, politische Kommunikation, Lobbying, öffentliche Meinung, Rassismus, Gesundheits- und Finanzpolitik

Zahlreiche Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften



MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)



STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung



MARCEL HAGEMANN

Datenanalytiker, Sozialwissenschaftler

Schwerpunkte:

Datenanalyse und Datenbanken, Programmierungen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medienanalysen, Recherchen, Visualisierungen, Hochrechnungen



JOHANNA LEA SCHWAB

Sekretariat und Administration, Kauffrau EFZ

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration



ALEXANDER FRIND

Praktikant, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen

gfs.bern ag
Hirschengraben 5
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax +41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch



**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**

Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.